

Die Geschichte der HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI

Teil 1: Die Freisoziale Union¹ (von 1950 bis 1984)

Vorbemerkung zu „Teil 1“:

Beim nachfolgenden Text handelt es sich um die leicht redigierte Version eines Textes, der von Richard Stöss² für das „Parteien-Handbuch der Parteien der Bundesrepublik Deutschland“ verfasst wurde. Der Beitrag über die FSU erschien im Jahre 1984 im zweiten Band („FDP bis WAV“) in der Reihe „Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin“, Bd. 39) unter der ISBN-Nummer 3-531-11592-8 beim Westdeutschen Verlag GmbH, Opladen.

Mit Schreiben vom 22. April 1985 hat die Westdeutsche Verlag GmbH freundlicherweise den Text zur parteiinternen Nutzung freigegeben.

A. Gründung, historische Tradition und Entwicklungsgeschichte

Die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** wurde am 9. September 1950 in Bielefeld als „Freisoziale Union“ (FSU) mit dem Ziel gegründet, „die Erkenntnisse Silvio Gesells durch eine unabhängige politische Organisation zu verwirklichen“³. Sie entstand als Zusammenschluss parteimäßig organisierter Anhänger Gesells in der britischen Zone (Radikal-Soziale Freiheitspartei, RSF), der französischen Zone (Freie Soziale Partei, FSP) und der amerikanischen Zone (Soziale Freiheitspartei, SFP)⁴.

Silvio Gesell (geb. am 7. März 1862 in St. Vith, gest. am 11. März 1930 in Oranienburg bei Berlin) war zunächst als kaufmännischer Angestellter tätig, siedelte dann nach Argentinien über und eröffnete 1887 in Buenos Aires ein Geschäft für zahnärztliche Artikel. Die dortige Finanzkrise veranlasste ihn ab 1890 zu privaten volkswirtschaftlichen Studien und empirischen Beobachtungen des Verlaufs von Inflation und Deflation. Zug um Zug entwickelte er als Autodidakt seine monetäre Krisentheorie: Währungsstabilität lasse sich nur durch die Anpassung der zirkulierenden Geldmenge an das Warenangebot erreichen. Eine derartige Anpassung setze aber voraus, dass das Geld beständig „rollt“. Geldhortung führe zur

¹ Bis etwa 1958 schrieb sich die Partei „Frei-Soziale Union“. Der 22. Parteitag 1968 beschloss die Zusatzbezeichnung „Demokratische Mitte“. Der offizielle Parteiname lautete daher bis zum Jahr 2001 „Freisoziale Union - Demokratische Mitte“.

² Richard Stöss, geb. 1944 in St. Goar/Rheinland. Studium der Politischen Wissenschaft in Berlin. 1970 Diplompolitologe. 1978 Promotion zum Dr. phil. 1971 Wissenschaftlicher Assistent und seit 1977 Wissenschaftlicher Angestellter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen über Parteiensoziologie und die Entwicklung des (west)deutschen Parteiensystems, über Konservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Hochschulpolitische Aktivität im Rahmen der „Mittelbauinitiative“ der Freien Universität, u.a. Mitglied der Forschungskommission und des Kuratoriums der FU. Mitglied der ÖTV. [Biographische Angaben von 1985]

³ Die Freisoziale Union (FSU) in der Bundesrepublik, in: Studien von Zeitfragen. Analysen und Berichte, 5-6/1960.

⁴ Vgl. auch Manfred Rowold, Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974 S. 360 ff.

krisenhaften Hemmung des Warenaustausches und biete überdies die Möglichkeit, Zins zu „erpressen“, also leistungsloses Einkommen zu erzielen; dadurch erst erhalte die Warenzirkulation ihren kapitalistischen, nämlich unsozialen und ausbeuterischen Charakter.

Später befasste er sich auch mit der Bodenfrage und ergänzte seine Krisentheorie: Krisen seien Ausdruck gestörter Tauschbeziehungen, die Disproportionalitäten beruhten auf dem Besitz von (Zinsen bringendem) Geld und von Boden. Die Prophylaxe lautete folglich: Vergesellschaftung des Bodens und Nutzung auf dem Wege der Erbpacht („Freiland“); Beseitigung der Eigenschaft des Geldes, Zinsen zu tragen („Freigeld“). 1916 erschien das Hauptwerk Silvio Gesells, die „Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (NWO). 1919 wirkte Gesell zehn Tage lang als Volksbeauftragter für Finanzen der Bayerischen Räteregierung⁵.

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten die Anhänger der Freiland- und Freigeldtheorie („Freiwirte“) zunächst verschiedene Ortsgruppen. Im Mai 1919 schlossen sie sich dann zum „Bund für Freiwirtschaft“ zusammen⁶. Dieser vereinigte sich 1921 mit weiteren freiwirtschaftlich orientierten Gruppen zum „Freiwirtschaftsbund F.F.F. e.V.“ (FWB)⁷, der 1924 über rund 10.000 bis 15.000 Mitglieder in 200 Ortsgruppen verfügte. Seine politische Heterogenität entfesselte heftige innere Auseinandersetzungen und führte zu Abspaltungen. Das ideologische Spektrum reichte von „völkischen“ Freiwirten bis hin zu Vertretern eines Bündnisses mit Organisationen der Arbeiterbewegung. Umstritten war auch die politische Strategie: Während der rechte Flügel eine überparteiliche Aufklärungsarbeit anstrebte und vor allem die staatliche Politik im Sinne der Freiwirtschaftslehre zu beeinflussen suchte, nahm der linke Flügel eine antiimperialistische Position ein und setzte sich für die Entwaffnung der Reichswehr und die Bewaffnung der Volksmassen ein.

Der Freiwirtschaftsbund beteiligte sich – ohne Erfolg – an den Reichstagswahlen des Jahres 1924. 1927 spaltete sich die „Freiwirtschaftliche Arbeiterpartei“ ab, die ebenso bedeutungslos blieb, wie die 1931 gegründete „Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands“. Das Verbot durch die Nationalsozialisten 1933 nahm der mittlerweile enorm geschwächte FWB widerstandslos hin. Er vertrat die Auffassung, der Nationalsozialismus werde sich selbst durch seine Wirtschaftspolitik zugrunde richten.

Nach 1945 fanden sich viele Anhänger Gesells im neugegründeten FWB wieder zusammen. Andere Freiwirte hielten jedoch die Strategie der Überparteilichkeit für gescheitert und strebten die Bildung einer politischen Partei an, um unmittelbar Einfluss auf das politische Geschehen auszuüben. Während große Teile des FWB bald die neoliberale Wirtschaftstheorie für einen Schritt in die von Gesell vorgegebene Richtung hielten und ihre Aufgabe schließlich darin sahen, die neoliberal orientierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im freiwirtschaftlichen Sinne zu beeinflussen – der FWB-Vorsitzende Otto Lautenbach war Mitbegründer der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ –, betrieben die Vertreter des Parteikonzepts bereits 1945 den Aufbau gesonderter Organisationen. Unter maßgeblicher Initiative der späteren FSU-Vorsitzenden Richard Batz und Peter Thielen entstand am 27. Januar 1946 die Radikal-Soziale

⁵ S. Schauspiel „10 Tage Rätefinanzminister“ von Karl Polenske; über die Partei erhältlich.

⁶ Siehe hierzu und zum Folgenden: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. v. einem Redaktionskollektiv u. d. L. v. Dieter Friche, Bd. 2, Berlin 1970, S. 90 ff.

⁷ Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld

Freiheitspartei (RSF) für die britische Zone⁸. Sie stellte einen Zusammenschluss mehrerer freiwirtschaftlicher Gruppen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen dar, u.a. der Deutschen Friedenspartei in Köln, der Freiwirtschaftlichen Partei in Aurich, der Radikal-Sozialistischen Freiheitspartei in Bottrop, der Radikal-Sozialen Freiheitspartei in Düsseldorf und der Freiwirtschaftspartei in Solingen⁹.

Im Juli desselben Jahres wurde für Württemberg-Baden der „Freiwirtschaftsbund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft“, der Vorläufer der Sozialen Freiheitspartei (SFP), lizenziert. Die RSF, die bedeutendste der drei freisozialen Parteien, beteiligte sich mit mäßigem Erfolg an Landeswahlen in Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen sowie an der ersten Bundestagswahl. Auf ihrem Bielefelder Parteitag am 9. September 1950 schloss sich die RSF mit der SFP und FSP¹⁰ zur FSU zusammen. Erster Parteivorsitzender wurde der RSF-Vorsitzende Richard Batz.

Der weiteren Entwicklung der FSU war wenig Erfolg beschieden. Versuche, gleichgesinnte Bündnispartner zu finden, scheiterten an ihrer spezifischen Programmatik, bei Wahlen stieß sie auf wenig Resonanz in der Bevölkerung, ihre Anhängerschaft blieb klein und ihr organisatorisches Gefüge unzureichend.

Die Entwicklung der Partei lässt sich in mehrere Phasen untergliedern: Bis Mitte der fünfziger Jahre betrieb sie erfolglos unter national-neutralistischen Vorzeichen Bündnispolitik, die ihre kargen Kräfte verschliss und sie personell aufzehrte. Danach, bis zur Bundestagswahl 1965, konzentrierte sie sich auf die innere Rekonsolidierung, verzichtete auf Wahlbeteiligungen und stellte dafür die Schulungs- und Aufklärungsarbeit in den Vordergrund. In diesen Jahren drängte eine Generation von Reformern auf innerparteilichen Einfluss und bemühte sich, die Praxis der FSU zu repolitisieren. In der Phase zwischen 1964 und 1974 beteiligte sie sich wieder an Wahlen – vor allem an Bundestagswahlen –, suchte in der Außerparlamentarischen Opposition und unter den Natur- und Umweltschützern nach Verbündeten und intensivierte ihre Öffentlichkeitsarbeit. Ihr freisoziales Dogma schränkte die Kooperationsfähigkeit mit anderen politischen Kräften jedoch empfindlich ein. Parteimitglieder und -aktivisten wendeten sich folglich der Umwelt- und Ökologiebewegung zu.

B. Ideologie, Programm, Praxis

Die von der FSU angestrebte „natürliche“ bzw. „freisoziale“ Gesellschaftsordnung beruht auf der Lehre Silvio Gesells. Kriege, konjunkturelle Krisen, ökonomische Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit sind nach Gesell durch das kapitalistische Wirtschaftssystem vorgegeben. Im Gegensatz zu Marx, der den Kapitalismus als ein auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhendes Produktionsverhältnis aufgefasst hatte, sah Gesell zunächst die Zirkulation – hier vor allem die Geldordnung, im Weiteren dann auch die Bodenordnung – als Hebel zur

⁸ In Bremen (US-Zone) wurde die RSF im Juli 1947 durch Claus Müller gegründet, der auch der erste Landesvorsitzende war

⁹ Vgl. hierzu Peter Hüttenberger. Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973. S. 139 f - Das Ziel-Programm der RSF v. 3.2.1946 ist abgedr. bei: Wolfgang Treue. Deutsche Parteiprogramme 1861-1954, Göttingen usw. 1954. S. 220 ff. Es enthielt vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Vorschläge zur Neugestaltung Deutschlands aus freiwirtschaftlicher Sicht.

¹⁰ Ein Gründungs- bzw. Lizenzierungsdatum für die Freie Soziale Partei der französischen Zone konnte nicht ermittelt werden.

Überwindung des Kapitalismus an. Die „soziale Frage“ galt ihm nicht als Klassenfrage, sondern als ein Problem der Beseitigung von Zins und Grundrente als „leistungslosem Einkommen“: Der Grundbesitz sollte in Gemeineigentum überführt und sodann verpachtet, das Pachtgeld an die Mütter nach der Zahl ihrer Kinder verteilt werden.

Mit der Behauptung, „dass eine ausbeutungsfreie Wirtschaft vollkommen vereinbar ist mit dem Privateigentum und der Privatwirtschaft“¹¹ gerieten Gesell und seine Anhänger in einen schroffen Gegensatz zum Marxismus. Sie vertrauen im Sinne des klassischen Liberalismus auf die Selbststeuerungskräfte des Marktes, die sie, ähnlich wie die neoliberalen Wirtschaftstheoretiker, in ihrer Wirksamkeit durch – allerdings jeweils unterschiedliche – Entwicklungen behindert sehen. Während die Neoliberalen auf ordnungspolitische Maßnahmen zur Optimierung des Wettbewerbs schwören (Preissystem der vollständigen Konkurrenz, Währungsstabilität, Zugangsfreiheit zu allen Märkten, Monopolkontrolle, usw.), setzen die „Freiwirte“ auf die Herstellung eines Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage durch ihre spezifische Geld- und Bodenordnung. „In einer wirklich freien Marktwirtschaft (die wir nicht haben!) muss das Gesetz von Angebot und Nachfrage herrschen. Wenn dieses Marktgesetz frei zur Entfaltung kommen würde, wäre es der optimal gerechte Regulator des Marktes. Kein noch so gerechter bürokratischer Planer könnte so exakt planen, wie der echte freie Markt.“¹² Kapitalismus und Marktwirtschaft schließen sich in den Augen der FSU aus, da Kapitalismus Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit bedeute, während der Markt gerade – unter Voraussetzung gleicher Startbedingungen für alle Wirtschaftssubjekte – Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt gewährleiste. So unterscheidet die Partei zwei Wege, den der „kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft“, der zu Krisen und Inflation führe, sowie den des „Sozialismus/Kommunismus“, der mit „Mitbestimmung“ beginne und in „Planokratie“ ende. Ihre „freisoziale Ordnung“ will die FSU daher als „Dritten Weg“ verstanden wissen, dessen Kennzeichen „soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit auf der Grundlage einer gegen Krise und Inflation immunen Marktwirtschaft“¹³ seien.

Freisoziale Literatur (Auswahl)

Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1. Aufl. 1916.

Herbert K.R. Müller, Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, Hamburg, o.J.

Otto Valentin, Überwindung des Totalitarismus, Hugo Mayer Verlag, Dornbirn, 1952.

u.v.a.

Kernstück der Freiwirtschaftslehre ist die Ordnung des Geldwesens. In den Augen Gesells stellt die Hortbarkeit des Geldes die Quelle des Zinses und die Hortung von Geld die Ursache für Stockungen im Kreislauf von Produktion und Konsumtion dar. Durch eine Neuordnung des Geldwesens soll also zweierlei erreicht werden:

¹¹ Silvio Gesell, Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, 1. Aufl. 1922, 3. Aufl. 1932, hier zit. nach einem Neudruck der 3. Aufl., in: Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 7/1962. S. 7.

¹² Ferdinand Böttger, Indexwährung - was ist das eigentlich?, in: Der 3. Weg, 3/1971, S. 5.

¹³ Das Werbesujet „Drei Wege“ findet sich in variiert Form seit Jahren in der Parteipresse und wird bei Veranstaltungen, Wahlkämpfen usw. verteilt.

- Das Geld muss so beschaffen sein, dass sich eine Hortung nicht lohnt und ein rascher und störungsfreier Umlauf gesichert ist;
- die umlaufende Geldmenge muss so bemessen sein, dass ein Ausgleich zwischen Warenangebot und Nachfrage besteht.

Die Sicherung bzw. Verstetigung des Umlaufs soll durch eine „Umlaufsicherung“¹⁴ des Geldes erreicht werden.¹⁵ Geldhortung würde unter dieser Bedingung zu finanziellen Einbußen führen. Die Bemessung der umlaufenden Geldmenge erfolgt auf der Grundlage des von der Notenbank bzw. eines Währungsamtes zu ermittelnden Index, der dem Durchschnitt aller Marktpreise bzw. dem Durchschnitt der Preise eines „Warenkorbs“ entspricht.

Mit der freisozialen Ordnung durch Freiland und Freigeld wird insgesamt ein in sich harmonischer und ausgewogener, von staatlichen Eingriffen weitgehend befreiter und den Weltfrieden sichernder Wirtschaftsablauf angestrebt:

„Der Wettbewerb ist frei und kann sich entfalten. Die Wirtschaft läuft dann aus sich selbst und verbietet jegliche staatlichen Eingriffe. Die ungeheure Belastung durch die Bürokratie fällt weg; die bis dahin unproduktiv und produktionshemmend tätigen Kräfte schalten sich produktiv in den Wirtschaftsprozeß ein. Da das Geld umlaufen muss, können keine großen Mengen zu Spekulationszwecken gehortet werden. Die Währungsschwindeleien durch den Wechsel von Inflation und Deflation fallen weg, da das ganze System eine sich am gleichbleibenden Preisniveau zugleich ausrichtende und es gewährleistende Währungspolitik erfordert. Dadurch dass diese bei gleichem Durchschnittspreis für den Absatz der jeweils vorhandenen Gütermenge sorgt – ob die Waren nun im Inland hergestellt oder aus dem Ausland eingeführt sind –, können die Zölle restlos abgebaut und alle Handelsbeschränkungen beseitigt werden. Und da dadurch allen Völkern der gleiche Zutritt zu allen Bodenschätzen der ganzen Erde gegeben wird, fällt jeder wirtschaftliche Kriegsgrund weg.“¹⁶

¹⁴ Das von Gesell in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ (Nürnberg 1949, S. 239 f.) vorgesehene Verfahren gestaltete sich wie folgt: Das „Freigeld“ sollte in „Zetteln“ von 1, 5, 10, 50, 100 und 1000 Mark sowie in „Kleingeldzetteln“ ausgegeben werden. Letztere waren im Gesamtwert von 1 Mark wie Briefmarkenbögen eingerichtet: acht 10-Pfennig Marken und zwanzig 1-Pfennig Marken. Die Abrisse von den „Kleingeldzetteln“ („Kleingeldabrisse“) waren nicht nur zur Begleichung kleiner Beträge bestimmt, sondern auch – durch Überkleben entsprechender Wochenfelder – zur Vervollständigung der Zahlkraft der „Zettel“, die wöchentlich ein Tausendstel an Zahlkraft verlieren sollten. Ein 100-Mark Schein wäre wöchentlich mit einem 10-Pfennig Abriss zu bekleben. (Zu anderen technischen Verfahren der Geldreform s ebd., S. 373 f.) - Während Gesell jeweils am Ende eines Jahres den gesamten Notenbestand umzutauschen gedachte, glauben neuere freiwirtschaftliche Theoretiker, auf einen periodischen Umtausch (aus Kostengründen) zugunsten eines Umtausches nach Bedarf verzichten zu können (Der Dritte Weg. 7/1975, S. 10)

¹⁵ Zum aktuellen Stand (2007) siehe die Broschüre „HUMANWIRTSCHAFT – so funktioniert’s“

¹⁶ FSU-Informationen 2/1964, S. 5.

Gesell war davon überzeugt, dass die von ihm erdachte Ordnung den Interessen aller Wirtschaftssubjekte (mit Ausnahme des Finanzkapitals¹⁷) und damit der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft entspricht und folglich gute Realisierungschancen hat:

„Hier können wir wirklich mit einer Einheitsfront aller am Produktionsprozess Beteiligten rechnen. Die befreite Wirtschaft tastet die Unabhängigkeit der Bauern in keiner Weise an. Sie sichert ihm die unbeschränkte freie Benutzung des Bodens und schützt ihn vor der hypothekarischen Verschuldung dadurch, dass der Boden als unveräußerliches Gemeingut erklärt wird. Das ganze Deutsche Reich wird als Freiland zum Fideikommiss¹⁸ des ganzen Volkes. Die Unabhängigkeit der Kaufleute bleibt ebenfalls unangetastet und wird womöglich noch erhöht. Der Staat mischt sich in keiner Weise in ihre Angelegenheiten. Sie schalten und walten nach freiem Ermessen. Bei den Unternehmern ist es ebenso. Sie werden von den so störenden Konjunkturschwankungen und vom Zins der von ihnen benötigten Kapitalien befreit. Den Industriearbeitern reicht die befreite Wirtschaft den Löwenanteil der von ihr erwarteten Früchte. Ohne dass die Preise darum steigen werden, wird der Lohn sich verdoppeln, verdreifachen. Sie werden nach und nach zu Wohlstand gelangen und auch die Aktien ihrer eigenen Unternehmungen erwerben können, allerdings ohne von diesen Aktien dann noch mehr als die gewöhnlichen Abschreibungen erwarten zu dürfen.“¹⁹

Die von Gesell erwartete Einheitsfront blieb nicht nur aus, die Resonanz des Konzepts von Freigeld, Freiland und Frieden²⁰ blieb gering. Die Anhänger des freiwirtschaftlichen Gedankens standen daher nach 1945 vor der Aufgabe, seine Lehre in eine Parteiprogrammatik einzubinden, die der veränderten wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands entsprach. Damit stellte sich auch die Frage nach der Relevanz und Aktualität der Lehre Gesells selbst. Noch bis Mitte der sechziger Jahre schrieb die FSU ihr Bekenntnis zu Gesell satzungsmäßig fest. Paragraph 2 der Satzung in der Fassung vom 18. Juni 1960 lautete:

„Die Partei erstrebt die Verwirklichung einer natürlichen Gesellschaftsordnung nach der Lehre ihres Begründers Silvio Gesell, die durch die folgenden Grundsätze gekennzeichnet ist:

- 1. Überwindung aller Absatzstörungen und damit jeder unfreiwilligen Arbeitslosigkeit durch die Einführung eines Tauschmittels, das einem natürlichen Angebotszwang unterliegt, dessen Umlauf daher nicht mehr vom Zins abhängig ist (Freigeld) und dessen Umlaufmenge von einem allen verantwortlichen Währungsamte so geregelt ist, dass der Durchschnittspreis aller Waren weder steigt noch fällt (Festwährung). Als Folge hiervon: Organische Überführung des unverdienten Zinseinkommens in das Arbeitseinkommen, Steigerung des letzteren bis zur Höhe des vollen Arbeitsertrages.*

¹⁷ In neueren FSU Stellungnahmen wird dieser Gesichtspunkt relativiert: „Es ist ein fundamentaler Irrtum, anzunehmen, die Banken hätten in einer freisozialen Ordnung keine Lebensberechtigung mehr. Ganz im Gegenteil. Wenn aber nach dem organischen Senken des Zinses, der bekanntlich niemals ganz verschwinden wird wirklich nicht genügend Verdienstspanne für die Banken enthalten sein sollte, dann bleibt nichts anderes übrig, als Gebühren zu erheben, wie es ja auch heute schon geschieht. Banken sind Dienstleistungsunternehmen, und Dienstleistungen müssen bezahlt werden.“ (Der Dritte Weg 7/1975. S. 10).

¹⁸ Fideikommiss: „(...) ist ein durch privates Rechtsgeschäft gebundenes Sondervermögen, das grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar ist, von bestimmten Personen (...) nacheinander (...) genutzt wird und dazu bestimmt ist, die wirtschaftliche Kraft (...) dauernd zu erhalten.“ (gemäß Urteil des bayerischen OLG, 2004)

¹⁹ Gesell, Die Ausbeutung (s. Anm. 10), S. 21f.

²⁰ Deshalb gab es dann ja auch wieder KRIEG! (T. Klünner, 2007)

2. *Verwirklichung des gleichen Anrechtes aller Menschen auf den Erdboden. Restlose Erfassung der im freien Wettbewerb festzustellenden Grundrente, Verwendung derselben für die Mütter oder deren Stellvertreter nach Zahl der von ihnen versorgten Kinder.*
3. *Völlige Gewerbefreiheit und freier Wettbewerb in allen Zweigen der Wirtschaft. Aufhebung aller Zwangsorganisationen und Zwangsdienstleistungen. Uneingeschränkte Freiheit der Vereinigung und der Meinungsäußerung. Ausschaltung des Staates und seines Einflusses aus allen persönlichen Angelegenheiten, wie: Berufswahl, Erziehung, Religion, Ehe, Kunst und Wissenschaft. Durchführung aller noch verbleibenden öffentlichen Aufgaben auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung. Umlegung aller öffentlichen Abgaben auf die Nutznießer und – soweit dies nicht möglich – auf die Sachwerte. Beseitigung aller wirtschaftshemmenden (Verbrauchs-, Umsatz- und dergl.) Steuern. Abbau der Einkommen- und sonstigen persönlichen Steuern.*
4. *Endgültige Sicherung des Friedens durch volle Freizügigkeit der Menschen und Güter. Aufhebung aller Zölle. Beseitigung aller Verkehrssperren, soweit sie nicht technischen oder sanitären Zwecken dienen. Schaffung einer festen Valuta durch eine internationale Valuta-Assoziation (Weltwährungsverein), die für die Bedürfnisse des Außenhandels ein international gültiges Geld schafft, das in den dem Weltwährungsverein angeschlossenen Ländern neben dem Landesgelde umläuft.“²¹*

Eine derartige Festlegung war unter den Freiwirten spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre umstritten. Friederich Salzmann beispielsweise hatte bereits auf einer freiwirtschaftlichen Tagung am 21. November 1953 die Aktualität der Gesellschen Lehre relativiert: Der „Liberalkapitalismus“ habe sich nach 1945 zu einem „Sozialkapitalismus“ entwickelt, die Machtstellung des Geldes sei zwar nicht überwunden, aber doch erschüttert, und die Verantwortung der Wirtschaftspolitik für eine stabile Währung, für Preisstabilität und Vollbeschäftigung werde grundsätzlich anerkannt. Nach Auffassung von Salzmann stünden nun andere wirtschaftspolitische Probleme im Vordergrund:

„Der Entwicklung zum Zunft- und Verbandsstaat, dem geplanten und sozial gefärbten Staatskapitalismus, können wir weder durch Indexwährung noch durch Umlaufzwang des Geldes noch durch Bodenreform restlos beikommen – hier braucht es den klaren politischen Willen zur Wirtschaftsfreiheit; zu einer wirtschaftlichen Freiheit, die neben der konjunkturellen auch der verfassungsrechtlichen Sicherung bedarf – auch durch das, was in der innerdeutschen Auseinandersetzung Antimonopolgesetzgebung genannt wird.“²²

Vordringlich sei daher der „radikale Kampf für die Marktfreiheit“, der nur gemeinsam mit allen (auch neoliberalen) Anhängern der freien Marktwirtschaft geführt werden könne.

Derartige Überlegungen wurden von den dogmatischen Verfechtern der Gesellschen Lehre („Altfreiwirte“) abgelehnt, da sie die Existenzberechtigung einer Partei der Freiwirte (Gesell selbst war kein Anhänger des Parteikonzepts gewesen) infrage stellten. Freilich: Die Diskussion ging weiter. 1966 trennte man sich schließlich von der satzungsmäßigen Festlegung auf

²¹ Abgedr. in: Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 9/1960.

²² Ist Gesell noch gültig?, in: Freisoziale Presse, 4/1954, S. 4, 8.

„gesellschaftsrevolutionäre Forderungen“ und diskutierte die Frage, inwieweit sich die FSU überhaupt noch offiziell auf Gesell berufen sollte. Die „Altfreiwirte“ hielten nicht nur unnachgiebig an ihrer Position fest, sie lehnten diese Diskussion im Grunde genommen überhaupt ab:

„Gesell's Genialität beweisen zu wollen demjenigen, der sein Werk kennt, wäre gleichbedeutend damit, sie abzuschwächen, sie mit Fragezeichen zu versehen, und dazu besteht wirklich keinerlei Veranlassung.“²³

Die Reformer hielten ihren Kontrahenten entgegen:

„Bei einem Teil der Altfreiwirte und Neugesellianer wird leider immer wieder Übersehen, dass es nicht Aufgabe einer Partei sein kann, das Gedächtnis einer historischen Person, und sei sie das vortrefflichste Genie, herauszustellen, sondern sachliche Ziele zu propagieren und Lösungen für anstehende Probleme anzubieten. Die von der FSU Angesprochenen interessiert in der Regel nicht, woher wir unsere Ziele bezogen haben, sondern ob sie ihm zusagen.“²⁴

Im Oktober 1967 nahm ein FSU-Parteitag folgende EntschlieÙung an:

„Die unabdingbaren Forderungen der FSU-Satzung fuÙen auf Erkenntnissen Silvio Gesells. Ansichten Gesells, die über die in den Satzungen niedergelegten unabdingbaren Forderungen hinausgehen, gehören nicht zu den Grundlagen der Politik der FSU. Der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit der FSU liegt auf ihren unabdingbaren Forderungen, nicht bei der Person Gesells. Der geistige Ursprung dieser Forderungen wird jedoch nicht verleugnet.“²⁵

In Paragraph 2 der (1984 gültigen) Satzung wird der Name Gesells nicht mehr erwähnt. Der Paragraph lautet:

„Die Partei erstrebt die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung, in der persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit gesichert sind. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist eine krisenfreie Wirtschaft, die freien Wettbewerb, kaufkraftbeständiges umlaufgesichertes Geld und das freisoziale Bodenrecht zur Grundlage hat. Auf diese Weise wird der Bürger- und Völkerfrieden gewährleistet, der allen Menschen die besten Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.“²⁶

Neben den satzungsmäßig festgelegten „unabdingbaren Forderungen“ verfügt die FSU über ein „Gegenwartsprogramm“²⁷, das laufend fortgeschrieben wird und die politischen Ziele der Partei benennt und erläutert. Das ursprünglich neun, 1984 zwanzig Punkte umfassende Gegenwartsprogramm fordert unverändert an erster Stelle „Volles Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“ und spricht sich sodann „gegen eine militärische Bindung an Ost oder West“ aus. Außenpolitisch vertrat und vertritt die Partei einen gesamtdeutschen Kurs der Paktfreiheit

²³ Arthur Rapp, Abschied von Silvio Gesell?, in: FSU-Informationen, 10/1967, S. 5.

²⁴ Paul Kristof, nochmals: Abschied von Silvio Gesell?, in: FSU-Informationen, 12/1967, S. 19.

²⁵ FSU-Informationen, 11/1967, S. 25.

²⁶ Satzung der „Freisozialen Union - Demokratische Mitte“, Stand nach dem Parteitag von 1978, in: Parteiunterlagen beim Bundeswahlleiter.

²⁷ Die verschiedenen Fassungen des „Gegenwartsprogramms“ befinden sich in: PAZI6, Akte FSU. Die gültige Fassung von 1971 ist abgedr. in: Der 3. Weg, 12/1971.

und Neutralität. Entsprechend ihren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wünscht sie ein wiedervereinigtes Deutschland auf freisozialer Grundlage, das dazu beiträgt, als „vermittelnde dritte Kraft“ Gegensätze zwischen Ost und West zu beseitigen. Im Jahre 1958 trat die FSU mit dem Vorschlag einer „Liga der unabhängigen Mächte“ an die Öffentlichkeit, der in etwa dem Konzept Noacks (s. Abschnitt C) oder dem der „Dritten Front“ Wolf Schenkes (biograph. Angaben siehe „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“, Anm. 3) entsprach.

Überhaupt hatte die „nationale Frage“ zu Beginn der fünfziger Jahre in der Parteipraxis einen hohen Stellenwert. Nachdem aber die Westintegration vollendet war und innenpolitische Themen die Politik der Bundesrepublik vorrangig beschäftigten, beschloss der Parteitag 1958: „Die soziale Frage zuerst“. Außenpolitisch setzte die FSU sich für die „aktive Neutralität“ Gesamtdeutschlands und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. **Affinitäten der Partei zur „nationalen Rechten“ gehören heute²⁸ der Vergangenheit an.** 1979 erklärte der Parteivorsitzende Keßler ausdrücklich, das politische Wollen seiner Partei werde nicht von nationalen, sondern von wirtschaftlichen und sozialen Impulsen getragen: „Das Nationalbewusstsein möchten wir als einen zweifellos starken Impuls vorwiegend im kulturellen Bereich angesiedelt wissen und wünschen einen lebendigen Austausch verschiedener Volkskulturen bei bewusster Pflege der nationalen Kulturgüter.“²⁹

Innenpolitisch setzt(e) sich die FSU für ein demokratisches Gemeinwesen, so z. B. für Volksbegehren und Volksentscheid sowie für ein reines Verhältniswahlrecht, ein. Die Gemeinde wird als „Urzelle des Staates“ bezeichnet. Ihr wird Freiheit und Ausbau der Selbstverwaltung zugesichert. Eine Durchsicht der Parteipresse auf Stellungnahmen zur Rolle des „freisozialen Staates“ ergibt, dass die Freiwirte den Staat in der Regel als eine Einrichtung betrachten, die nur solche Aufgaben übernimmt, durch die der einzelne Bürger, die Gemeinde, der Kreis oder die Landschaft überfordert wären. Selbsthilfe und Selbstverwaltung stehen an oberster Stelle. Der „freie Mensch“ soll durch staatliche Einrichtungen nicht gegängelt oder bevormundet werden. Bildung, Wissenschaft und Kultur sind beispielsweise Angelegenheiten privater bzw. genossenschaftlicher Selbstorganisation. Standesämter, Einwohnermeldeämter, Kultur-, Familien-, Wirtschafts- und Wohnungsministerien sollen ganz entfallen, ebenso das Zollsystem, die Passkontrolle an den Grenzen, usw.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der FSU entsprechen der Lehre Gesells. Lediglich die einzelnen Formulierungen haben sich seit Beginn der fünfziger Jahre geändert. Damals hieß es:

„Die FSU bekennt sich zu einer Freisozialen Marktwirtschaft. Sie lehnt sowohl die kapitalistische so genannte Soziale Marktwirtschaft wie die staatliche Planwirtschaft ab.“

Heute liest man:

„Die FSU kämpft für die FREISOZIALE ORDNUNG. Sie lehnt die kapitalistische Wirtschaftsform wegen der ungerechten Verteilung des Sozialproduktes und wegen der Gefahr von Wirtschaftskrisen ab. Sie lehnt ebenso die staatlich gelenkte, kontrollierte bzw. sozialisierte Wirtschaft ab. Kennzeichen der FREISOZIALEN ORDNUNG ist ein freier Wettbewerb auf allen Gebieten der Wirtschaft.“

²⁸ Also bereits 1984!

²⁹ National und/oder sozial?, in: Der Dritte Weg, 8/1979, S. 9.

Sodann folg(t)en die Forderungen nach gesichertem Geldumlauf, Indexwährung und freisozialem Bodenrecht (einschließlich „Kinderbeihilfe“ bzw. „Müttergehalt“).

Gegenüber den Gewerkschaften befindet sich die FSU objektiv in einer schwierigen Lage. Ihre Forderung nach „freiem Wettbewerb auf allen Gebieten der Wirtschaft“ richtet sich implizit auch gegen die Gewerkschaften als Monopolisten auf dem Arbeitsmarkt. Andererseits muss die sozialpolitische Rolle der Gewerkschaften als mit dem freisozialen Ziel nach sozialer Gerechtigkeit übereinstimmend gutgeheißen werden. Bis zum Düsseldorfer DGB-Programm (1963) gab sich die Partei insgesamt reserviert, wenngleich wohl eine Reihe von Freiwirten aktive Gewerkschafter waren. „Die ablehnende oder günstigenfalls indifferente Einstellung zur Gewerkschaft war bei uns verursacht durch deren konsequent marxistisches Wirtschafts- und Sozialprogramm und galt weniger dem Gewerkschaftsgedanken an sich.“³⁰

Fortan setzte sich eine prinzipiell positive Haltung durch, soweit sich die Gewerkschaften sozialen Belangen widme(te)n und sich zur Marktwirtschaft bekannten bzw. bekennen. Tendenzen hingegen, die des Marxismus verdächtig sind (staatliche Rahmenplanung, Investitionslenkung etc.), werden heftig kritisiert. Das gesellschaftspolitische Leitbild der FSU – die durch den freien Markt gewährleistete Harmonie aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten – verträgt sich jedoch kaum mit den Forderungen der Gewerkschaften: „Unternehmer und Gewerkschaften sitzen in einem Boot und gehören in eine Front gegen das Finanzkapital.“³¹

Die abschließende Forderung des Gegenwartsprogramms der FSU lautet traditionell: „Die Durchführung des FSU-Programms beseitigt die innen- und außenpolitischen Spannungen, sichert den Frieden und macht so Rüstung und Kriegsdienst überflüssig.“ Später wurde ergänzt: „Die FSU fordert den Abbau aller Rüstung. Sie fordert insbesondere den Verzicht auf ABC-Waffen, weil es gegen sie keinen Schutz der Zivilbevölkerung gibt und schon die Experimente mit diesen Kriegsmitteln unabsehbaren Schaden anrichten.“

Bemerkenswert ist, dass die Partei bereits in den fünfziger Jahren verlangte, die für den Einsatz von Vernichtungswaffen vorgesehenen finanziellen Mittel sollten für die „Erhaltung des Lebens“ und die „Hebung der Volksgesundheit unserer Bürger“ verwendet werden. Anfang der sechziger Jahre folgte eine gesonderte Passage in den „Gegenwartsforderungen“, die sich für vorbeugenden Umweltschutz aussprach, (vorübergehend) eine gesetzliche Verpflichtung der Industrie zur Reinigung von Abluft und Abwasser vorschlug und die Bekämpfung radioaktiver Verseuchung durch den Betrieb von Atomreaktoren forderte. 1969 wurde dieser Programmteil überarbeitet und ergänzt.

Dass sich die FSU schon früh mit Fragen des Gesundheits-, Umwelt- und Lebensschutzes beschäftigte, war der Aktivität freisozialer Lebensreformer zu verdanken. In einer unregelmäßig erscheinenden ganzseitigen Rubrik „Gesundheit und Leben“ der „Freisozialen Presse“ beispielsweise wurden Probleme der Ernährung und Gesundheit, der Landwirtschaft, des Wald-

³⁰ Kurt Keßler, FSU und Gewerkschaftsbewegung, in: FSU-Informationen, 1/1964, S. 9.

³¹ Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 6/1963, S. 30. - Zu den Mitbestimmungsforderungen des DGB erkläre die Partei beispielsweise 1968: „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wie sie im Betriebsverfassungsgesetz festgelegt ist, ist zu begrüßen und auszubauen. Die angestrebte Mitbestimmung von Gewerkschaftsfunktionären über Produktion und Finanzen der Betriebe (...) jedoch dient nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sondern ist nur ein Schritt auf dem Wege zur sozialistisch-kommunistischen Planokratie“ (zit. nach: Studien von Zeitfragen. Analysen-Berichte-Informationen. 11/1968, S. 7).

und Gewässerschutz sowie der allgemeinen Folgen des technischen Fortschritts kontinuierlich diskutiert. Die Autoren waren stets bemüht, den Gesamtzusammenhang von wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen im Geiste Gesells und von Maßnahmen zum Schutz des Lebens herauszuarbeiten. Umstritten war jedoch, ob das politische Engagement im Sinne der Freiwirtschaftslehre notwendigerweise mit einer Lebensführung im Sinne der Lebensreform verbunden sein müsse. Während die freisozialen Lebensreformer hier einen engen Zusammenhang sahen, erachteten andere Freiwirte eine natürliche Lebensweise, Abstinenz gegenüber Alkohol, Nikotin, Fleisch usw., Naturheilkunde und dergleichen mehr als zwar angebracht, eine Verpflichtung darauf jedoch als dem freisozialen Gedanken entgegenstehend, der ja Kontrolle und Überwachung, gesetzliche Regelungen des Privatlebens und staatliche Eingriffe in die Privatsphäre und das Wirtschaftsleben ablehne. Wohl aus diesem Grunde wurde die Forderung nach gesetzlicher Verpflichtung der Industrie auf Luft- und Wasserreinhaltung bald wieder aus dem Programm gestrichen. In der Partei herrschte offenbar mehrheitlich die Überzeugung vor, dass die Verwirklichung der freisozialen Ordnung auch gesunde Lebensverhältnisse schaffe und zwar auf freiwilliger Basis und ohne staatlichen Zwang, gegründet allein auf die Einsicht und den Willen der Menschen.³²

Zur Politischen Praxis der FSU s. den folgenden Abschnitt C.

C. Assoziationen und Dissoziationen

Auch nach 1945 bot die Freiwirtschaftsbewegung kein geschlossenes Bild. Gegensätze aus der Weimarer Zeit lebten wieder auf. Die Frage nach dem Organisationszweck – Partei oder überparteilicher Bund; politische Organisation oder Gesinnungsgemeinschaft – war ebenso umstritten wie die Bündnispolitik. Schließlich stand die FSU nach den bescheidenen Wahlergebnissen der RSF vor dem Problem, ihr freiwirtschaftliches Anliegen mit tagespolitischen Forderungen zu verknüpfen und programmatische Prioritäten zu setzen. Dass an erster Stelle ihres „Gegenwartsprogramms“ die Frage der deutschen Einheit im Sinne eines Neutralitätskonzepts thematisiert wurde, deutete an, dass die FSU ihre Wählerschaft damals in erster Linie unter den neutralistischen Gegnern der Westintegrationspolitik der Bundesregierung zu finden hoffte. Dieser Kurs war innerhalb der Partei zwar nicht unumstritten, galt als Mehrheitslinie jedoch bis etwa Mitte der fünfziger Jahre und führte dazu, dass FSU-Vertreter an den verschiedensten Sammlungsgesprächen beteiligt waren. Vor allem unter der Führung Radeckes (1952-54) und besonders im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 erreichten die Bemühungen um ein breites neutralistisches Bündnis einen Höhepunkt. Hier sind zum einen die durch Bruno Fricke vermittelten Kontakte zum Strasser-Kreis (s. Deutsch-Soziale Union, Abschn. C) zu erwähnen. Bedeutsamer jedoch waren die Kontakte mit den Gruppen um Noack und Heinemann.

³² Vgl. zu dieser Debatte und zu frühen ökologischen Positionen der FSU z. B.: Bahnbrechen durch Tabakqualm und Bierdunst. Das freisoziale Anliegen an die Lebensreformer - Eine gesunde Sozialordnung bedarf keiner besonderen Gesundheitspolitik, in: Freisoziale Presse, 28/1957, S. 5 f.; Georg Otto, 10.000 Jahre Raubbau am Waldkleid der Erde, in: ebd., 2/1954, S. 7; Schützt die Natur vor dem Menschen! Ein neues Bodenrecht tut not - Durch Naturschutz zum Freiland, in: ebd., 13/1958, S. 3; Georg Otto, Werden die Massen durch Wohlstand gefährdet? Natürliche Wirtschaftsordnung ermöglicht und bedingt eine natürliche Lebensordnung - Gesell und die Lebensreformer, in: ebd., 34/1959, S. 5; ders., Schützt das Leben, in: FSU-Informationen, 6/1965, S. 13 ff.

Ulrich Noack³³ gehörte zu den Mitbegründern der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, wurde 1947 als Historiker an die Universität Würzburg berufen und trat der CSU bei. Im Sommer 1948 gründete er den „Nauheimer Kreis“ (Gründungstagung 31.7./1.8.1948 in Bad Nauheim) als Plattform zur Verbreitung seines Neutralisierungskonzepts. Er wollte den sich verschärfenden Ost-West-Gegensatz zunächst durch die Bildung eines neutralen Gürtels in Mitteleuropa³⁴, dann durch die Bildung verschiedener „Friedenskreise“ erreichen. Durch eine Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands glaubte er, wesentlich zur Entschärfung des internationalen Blockgegensatzes und damit zum Frieden beitragen zu können. Da sein Neutralisierungsplan auch die Anerkennung des osteuropäischen Bündnissystems und der Oder-Neiße-Grenze vorsah und sich Noack gegen jede Form von übersteigertem Antikommunismus aussprach, stießen seine Ideen nur in Randbereichen des Parteiensystems auf Gegenliebe³⁵.

Am 22. September 1952 schloss sich die Gruppe um Noack mit der FSU zum „Block der Mitte/FSU“ zusammen. Das „Ulmer Manifest“³⁶ stellte eine Symbiose zwischen den neutralistischen Forderungen Noacks und der freiwirtschaftlichen Programmatik der FSU dar. Diese bildete zwar das organisatorische Gerippe des Bündnisses, erkannte damit aber auch die deutsche Einheit als „Hauptanliegen“ der Wahlplattform an. Darin lag ein Element der Spannung zwischen den Bündnispartnern, denn keineswegs alle FSU-Mitglieder mochten sich auf ein Primat der nationalen Frage festlegen. Die „Freisoziale Presse“, damals de facto Organ der FSU, bemühte sich, ihren Lesern das „Ulmer Manifest“ als ein Programm darzulegen, dessen Fundament sehr wohl die Erkenntnisse Gesells bildeten:

„Höchst ungern sind die Jünger Gesells in die Niederungen des politischen Tageskampfes hinabgestiegen. Im Bewusstsein des Besitzes der Wahrheit gefielen sie sich allzu lange darin, vom hohen Piedestal über das Alltagsgetriebe hinweg der Fernsicht zu fröhnen...

Das große Hoffen, dass sich die Wahrheit eines Tages doch durchsetzen müsse, gab ihnen allzu große Ruh'...

Zum Volke wollen und müssen wir sprechen. Das aber setzt voraus, dass wir das Volk, die Nation..., als eine unabdingbare Notwendigkeit erkennen, anerkennen und werten. Auch dem sind die Anhänger Gesells anfangs nicht gerecht geworden. Sie betonten das Ich und erstrebten die Menschheit, und in diesem Streben fand die Nation nur geringen Raum...

Die Nation ist heute in Gefahr. Sie ist zwiegeteilt und muß wieder zur Einheit werden...

³³ Zu Noack und dem „Nauheimer Kreis“ s. Rainer Dohle, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 41 ff.

³⁴ Dieser Gürtel sollte in jedem Fall Finnland, die Schweiz, Deutschland und Österreich umfassen (ebd., S. 42). Vgl. die korrespondierenden Konzepte der -> Deutschen Gemeinschaft, -> Deutsch-Sozialen Union, -> Freien Sozialistischen Partei und schließlich der -> Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher. Wegweisend für alle diese Überlegungen dürfte das Buch von Paul Sering (i.e. Richard Löwenthal), „Jenseits des Kapitalismus – Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung“ (Lauf 1947), gewesen sein, in dem dieser bereits 1946 die Bildung einer „Dritten Kraft“ aus einem freien und sozialistischen Europa und den Staaten der Dritten Welt als neutralem „Puffer zwischen der amerikanischen und der russischen Machtsphäre“ vorgeschlagen hatte.

³⁵ 1951 kam Noack durch seinen Austritt aus der CSU einem Parteiausschluss zuvor.

³⁶ Abgedr. in: Welt ohne Krieg, 11/1952; auch als Beilage der Freisozialen Presse, 42/1952. - Die Zeitung „Welt ohne Krieg“ wurde von Noack zwischen 1952 und 1957 in unregelmäßigen Abständen herausgegeben.

Diese Gefahr macht uns heute zu nationalen Kämpfern und gibt uns den politischen Impuls, der unserem Ruf in den weiten die Gefahr instinktiv erfassenden Kreisen unseres Volkes lauten Widerhall verschaffen soll. Das Manifest von Ulm stellt uns in unvergleichlicher Rüstung in die Arena des politischen Tageskampfes.“³⁷

Wenn Noack darüber hinaus behauptete, „dass alle erwünschten sozialen und wirtschaftlichen wie auch kulturpolitischen Reformen nur durchführbar sind nach Überwindung des Kalten Krieges und der Aufrüstungs-Psychose und nach Beseitigung des Eisernen Vorhangs und fremder Besatzungen, die Deutschland heute als Manöverfeld eines Zukunftskrieges missbrauchen“³⁸, so strapazierte er selbst die Konsensfähigkeit der realpolitisch eingestellten Freiwirte. In den FSU-Vorstand eingetreten, war er nun wesentlich an der Vorbereitung des Bündnisses mit der -> Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) Heinemanns beteiligt.

Am 12. April 1953 wurde das Wahlbündnis „GVP – Block der Mitte – FSU“ mit der Verabschiedung der „Essener Vereinbarung“³⁹ besiegelt. Diese Wahlplattform setzte sich außenpolitisch für ein wiedervereinigtes und blockfreies Deutschland ein, enthielt im Abschnitt „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ aber nur drei knappe Sätze, denen der freisoziale Impetus kaum noch anzumerken war⁴⁰. Als Noack dann auch noch ein Bündnis mit der SPD in Erwägung zog, wurden die Gegensätze zwischen ihm und der FSU-Führung unüberbrückbar. Mit Schreiben vom 2. Juni 1953 schied er aus der Partei aus⁴¹, auf dem Essener GVP-Parteitag (6./7.6.1953) schloss er sich der Partei Heinemanns an und gelangte gegen dessen Willen in den Vorstand. Als sich die GVP jedoch mit dem vermeintlich kommunistisch gesteuerten „Bund der Deutschen“ (s. Deutsche Friedens-Union, Abschn. A) verbündete („Mannheimer Vereinbarung“, 19.7.1953 -> Gesamtdeutsche Volkspartei, Abschn. D), verließ Noack auch die GVP, und der FSU-Vorstand kündigte am 26. Juli 1953 die „Essener Vereinbarung“. Unversehens auf sich allein gestellt, verzichtete die Partei auf eine Wahlbeteiligung und empfahl Wahlenthaltung. Dass dennoch einige führende Parteivertreter in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg auf den Listen der mit dem BdD liierten GVP kandidierten, stieß auf erbitterten Widerstand des Parteivorstands, wurde jedoch von der „Freisozialen Presse“ gerechtfertigt, die auch einen Wahlauf Ruf für die GVP veröffentlichte⁴².

Nachdem auch 1954 in West-Berlin und 1955 in Nordrhein-Westfalen bündnispolitische Versuche mit Strasser-Anhängern⁴³ gescheitert waren und sich Radeckes Pläne einer umfassenderen Sammlung nach der Bundestagswahl 1953 als nicht durchführbar erwiesen hatten, trat Mitte der fünfziger Jahre eine Rückbesinnung auf das freisoziale Anliegen ein.

³⁷ Der Politische Impuls, in: Freisoziale Presse, 42/1952, S. 1 f.

³⁸ Welt ohne Krieg, 11/1952.S.1.

³⁹ Abgedr. in: Welt ohne Krieg, 5/1953:auch als Beilage der Freisozialen Presse, 21/1953.

⁴⁰ „1. Wir treten ein für eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung. 2. Es ist gemeinsame Überzeugung, dass das heutige Geldwesen reformbedürftig ist. 3. Die Erhaltung der stetigen Kaufkraft der DM soll zur Sicherung der Ersparnisse und dadurch zur Kapitalbildung führen sowie zur Beteiligung der bisher Besitzlosen an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung.“

⁴¹ Ein Zusammengehen mit der SPD lehnte die FSU aus wirtschaftspolitischen Gründen strikt ab. Zu den Vorbehalten gegenüber Noack: Prof. Noack trennt sich von der FSU, in: Freisoziale Presse, 24/1953, S. 2.

⁴² Freisoziale Presse, 36/1953, S. 8.

⁴³ Zur „Freien Wählergemeinschaft Berlin 1954“ -> Republikanische Partei Deutschlands, Abschn. C; zu Strassers kurzfristiger Zusammenarbeit mit dem nordrhein-westfälischen FSU-Vorsitzenden Malzkorn -> DSU.

Die FSU begann sich zu rekonsolidieren und verstand sich in zunehmendem Maße wieder als Schulungs- und Gesinnungsgemeinschaft, die Wahlbündnisse um den Preis der Verwässerung ihrer Lehre ablehnte und auf Wahlbeteiligungen verzichtete. Auch das nationalpolitische Anliegen trat in den Hintergrund. Seit 1958 hieß es: „Die soziale Frage zuerst“. Gelegentliche Gespräche mit Vertretern anderer neutralistischer Parteien oder Wahlbeteiligungen außerhalb der FSU – wie etwa im Rahmen der Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland (WGND) zur Bundestagswahl 1961 – blieben auf einzelne FSU-Mitglieder beschränkt. Ein Versuch Otto Strassers, die FSU für das von ihm geplante Bündnis der DSU mit der Deutschen Freiheits-Partei zu gewinnen, scheiterte ebenfalls an den Bedenken der Freisozialen, sie könnten dadurch ihre programmatische Eigenart verlieren. Dass es in der Folge derartiger Kooperationsbemühungen auch zu Übertritten in andere Parteien bzw. Gruppen kam, kann hier nicht im Einzelnen dargestellt werden.

Der Gesamtverband engagierte sich parteipolitisch erst wieder – nicht zuletzt auf Initiative einer Gruppe innerparteilicher Reformer – zur Bundestagswahl 1965. Nach erfolglosen Gesprächsangeboten an den Gründerkreis der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ entschloss sich die Parteiführung zum Alleingang. Der Parteivorsitzende Keßler begründete diesen Schritt wie folgt:

„Wir befinden uns in einem echten Dilemma: Die tatsächlich alle Bereiche des politischen Lebens umgestaltende Wirkung einer praktizierten freisozialen Politik gestattet eben keinen Kompromiss. Freisoziale Politik und freisoziales Denken sind entweder universell oder überhaupt nicht. Diese Unbedingtheit, die im Stadium des erfolgten Durchbruchs zur politischen Anerkennung eine immense Stärke darstellt, bedeutet im Stadium des Ringens um Anerkennung ein Handicap. Wir stehen unter dem Gesetz des alles oder nichts.“⁴⁴

So begab sich die Partei mit einem vorwiegend innenpolitischen „Zehn-Punkte-Programm“ in den Bundestagswahlkampf. Mit knapp über 10.000 Wählern erzielte sie 0,0 % der Zweitstimmen.

Unter dem wachsenden Einfluss jüngerer „reformistischer“ Kräfte konzentrierte sich die FSU auf die Bundestagswahl 1969. Sie beteiligte sich an dem „Sammlungsieber“ der Vorwahlzeit⁴⁵ und bildete neben der Aktion Demokratischer Fortschritt (-> Deutsche Kommunistische Partei) und der Demokratischen Union (-> Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher) einerseits und der NPD andererseits eine gesonderte Initiative, die sich gleichermaßen gegen Nationalismus und Sozialismus abgrenzte: „Dem Bonner Establishment und seiner linken und rechten Sackgassenopposition stellt die Freisoziale Union die Kraft einer Demokratischen Mitte entgegen, die – gestützt auf klare wirtschaftliche Erkenntnisse – eine freiheitliche und sozial

⁴⁴ Zit. nach: Studien von Zeitfragen. Analysen-Berichte-Informationen, 11/1964. S. 2.

⁴⁵ Ein (erfolgloser) Sammlungsversuch aus den Reihen der FSU ging 1967 auch von dem niedersächsischen Landesvorstandsmitglied Karl-Heinz Ventker aus, dem die Konzeption der FSU als für ein breites Bündnis gegen die Große Koalition einerseits und die APO bzw. die NPD andererseits zu eng erschien. Die Gruppe um Ventker gründete am 25./26.11.1967 die Liberal-Soziale Partei (LSP), die sich als links von der Großen Koalition und der NPD stehend einordnete und ein „gesamtoppositionelles Wahlbündnis“ anstrebte. Vorsitzender wurde der später bei den -> Grünen aktive Tristan Abromeit, Stellvertreter wurde Ventker. In den Vorstand gelangte auch Albert Lämmel, der sich später bei der UAP (-> Unabhängige Arbeiter-Partei) engagierte (Darstellung nach: PAZI6. Akte LSP). Am 20.02.1969 löste sich die LSP auf (Der Bundeswahlleiter, WR 5/01, Stand: 31.12.1980).

gerechte, von keinen Krisen bedrohte Ordnung schafft. Nur auf dieser Grundlage ist eine echte Demokratie möglich.“⁴⁶ Die FSU bot ihr politisch und sachlich nahe stehenden Personen an, auf ihren Listen zu kandidieren und adressierte dieses Angebot vor allem an den nicht-marxistischen, „anti-autoritären“ Teil der APO, machte allerdings die Identifikation mit ihrem freisozialen Dogma zur Bedingung. Ihre Kompromisslosigkeit drückte sich auch darin aus, dass sie es ablehnte, ihr Programm als „eine Form des Sozialismus“⁴⁷ zu bezeichnen, obwohl selbst Gesell seine freiwirtschaftliche Ordnung als den wahren „Sozialismus“ begriffen hatte.

Die FSU präsentierte sich vielmehr als eine radikal-demokratische und radikal-freiheitliche Partei. Ihr auf 12 Forderungen erweitertes Wahlkampfprogramm lautete:

1. Demokratie – ohne Machtmissbrauch
2. Wiedervereinigung – ohne Kapitalismus oder Kommunismus
3. Völkerverständigung – ohne Wettrüsten
4. Sicherung der Vollbeschäftigung – ohne Geldentwertung
5. Soziale Sicherheit – ohne Furcht vor Arbeitslosigkeit
6. Wohnungsbau – ohne Miet- und Bodenpreiswucher
7. Leistungsgerechte Vermögensbildung – ohne Ausschaltung des freien Wettbewerbs
8. Mitbestimmung – ohne Vorherrschaft des Kapitals
9. Steuerreform – ohne Gruppenvorrechte
10. Technischer Fortschritt – ohne Luft- und Wasservergiftung
11. Demokratische Bildungseinrichtungen – ohne Autoritätsmissbrauch
12. Entwicklungshilfe – ohne kapitalistische und feudalistische Versklavung der betroffenen Länder

Wenn es der FSU, die sich nun auch als „Demokratische Mitte“⁴⁸ bezeichnete, auch nicht gelang, nennenswerte Teile der APO für sich zu gewinnen, so war sie doch bei einer anderen Gruppe eher erfolgreich: den organisierten Natur- und Lebensschützern. Die FSU war die erste Partei, die einen Bundestagswahlkampf zu weiten Teilen mit ökologischen Parolen bestritt. Lebensreformerische Positionen, biologischer Landbau, Natur- und Lebensschutz hatten in der freiwirtschaftlichen Bewegung eine lange Tradition. Gesell selbst hatte Fleisch, Alkohol und Nikotin gemieden und längere Zeit in der Freilandsiedlung „Eden“ nahe Berlin gelebt. Seit Mitte der fünfziger Jahre bestand als FSU-Suborganisation der „Bund freisozialer Lebensreformer“ um

⁴⁶ Entschließung des Parteivorstandes der FSU v. 4.5.1968, abgedr. in: FSU-Informationen. 6/1968, S. 1.

⁴⁷ FSU-Informationen, 4/1969, S. 25

⁴⁸ Gesprächspartner der „Demokratischen Mitte“ waren, ohne dass sich daraus konkrete bündnispolitische Folgerungen ergaben, die Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft (GA) (-> Unabhängige Arbeiter-Partei), die Europa Partei (EP) (-> Europäische Föderalistische Partei) und die Deutsche Volkspartei (DVP).

Georg Otto⁴⁹, der sich der Durchführung einer aktiven Gesundheitspolitik widmete und seine Aufgabe darin sah, „Lebensreformer aller Richtungen für die freisozialen Vorschläge einer Wirtschaftsreform zu gewinnen, sie zu veranlassen, freisoziale Zeitungen zu lesen, in freisozialen Organisationen mitzuarbeiten und freisoziale Kandidaten zu wählen.“⁵⁰

Seit der Gründung des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL)⁵¹ im Jahre 1960 arbeiteten führende FSU-Vertreter in dieser Lebensschutz-Organisation mit und bekleideten teilweise wichtige Ämter. Bei der Bundestagswahl 1969 kandidierten dann führende Vertreter des nach wie vor überparteilichen WSL auf den Listen der FSU, so der damalige Vorsitzende Helmut Mommsen, der Vizepräsident und spätere WSL-Vorsitzende (1972-74) Max Otto Bruker und der damalige zweite Vizepräsident Werner Altpeter. Bruker begründete seine FSU-Kandidatur damit, dass die FSU mit ihren Reformplänen bestrebt sei, die Macht des Kapitals aufzulösen und damit den Weg für echte Demokratie bereite: „Erst wenn der Staat dem Volke dienen muss, wenn echte Demokratie besteht, können alle Maßnahmen durchgesetzt werden, die zum Schutze des Volkes und seiner Gesundheit nötig sind. Erst dann kann der Schadindustrie das Handwerk gelegt werden.“⁵²

Das Wahlergebnis der FSU verbesserte sich gegenüber 1965 zwar um etwa 6.000 Zweitstimmen, das prozentuale Ergebnis lautete jedoch nach wie vor 0,0 %. Angesichts des Erstarkens der Umweltschutz- und Ökologiebewegung seit dem Beginn der siebziger Jahre konzentrierte sich das Lebensschutz-Engagement der FSU darauf, sich gegenüber politisch agierenden Gruppen des Umwelt- und Lebensschutzes und später auch gegenüber den grünen und bunten Listen abzugrenzen. Einzelmaßnahmen des Gesundheits-, Tier- oder Naturschutzes, so lautete ihre Argumentation, seien für sich genommen wirkungslos. „Nur das Zusammenfassen aller Einzelaufgaben in einem umfassenden Schutz der Gesamtheit allen Lebens dieser Erde, zu denen eine natürliche Wirtschaftsordnung erst die Voraussetzungen schaffen kann, macht eine Lebensschutzarbeit sinnvoll.“⁵³

Auch hier galt also für die Partei „Die soziale Frage zuerst“, womit sie sich allerdings zunehmend von der Umwelt- und Lebensschutz-Bewegung isolierte. Dies nahmen viele FSU-Anhänger zum Anlass, sich in ökologischen Wahllisten und schließlich auch bei den Grünen zu engagieren, um hier freisoziale Elemente in die Programmdiskussion einzubringen. Die Beteiligung sozialistischer und maoistischer Kräfte an den bunten und alternativen Listen und bei den Grünen bewog die Partei, gegen eine „grün-rote Volksfront“ zu polemisieren und die

⁴⁹ Georg Otto, geb. am 6.8.1928, Oberstudienrat; zunächst Mitglied der LDPD in der SBZ, 1947/48 Kontakte zur Freiwirtschaftsbewegung und Mitglied der RSF bzw. der FSU; 1956 Initiator des Bundes freisozialer Lebensreformer und führende Mitarbeit bei der Gestaltung der FSU-Programmatik im Bereich Umweltschutz und Gesundheitspolitik. 1969 Bundestagskandidat der FSU in Niedersachsen. Nach der Wahl Eintritt in die SPD, später Ratsherr in Eberholzen; 1977 Ausscheiden aus der SPD und Initiator der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) in Hildesheim, Juli 1978-Juli 1979 GLU-Landesvorsitzender in Niedersachsen; 1979 Europa-Kandidat der Grünen, 1979/80 Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, 1980 Bundestagskandidat der Grünen; Mitarbeit im liberal-sozialen „Arbeitskreis Dritter Weg“ in den Grünen. Seit 27.9.1981 Kreistagsabgeordneter und Sprecher der Kreistagsfraktion der Grünen im Kreistag Hildesheim (PAZI6, Personaldatenarchiv).

⁵⁰ Georg Otto, Der Bund freisozialer Lebensreformer und die FSU, in: Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, 6/1958, S. 24 f.

⁵¹ Zum „Weltbund zum Schutze des Lebens“ siehe: 20 Jahre WSL, in „Lebensschutz-Informationen“, 10/1980; „Dritter Weg“ im Umweltschutz, hrsg. v. Kommunistischen Bund, Hamburg 1977; PAZI6, Akte WSL.

⁵² FSU-Informationen, 8/1969, S. 1 f.

⁵³ Ferdinand Böttger, Umweltschutz ist noch kein Lebensschutz, in: Der Dritte Weg 2/1971 S.11, 3/1971, S. 11.

Arbeit von (ehemaligen) Freiwirten in der neuen Partei zu kritisieren. Selbstbewusst sah sie sich als die einzige wirkliche Lebensschutz-Partei⁵⁴ und lehnte es brüsk ab, sich auf der „grünen Welle“ ins Parlament tragen zu lassen.

Die anfängliche Bereitschaft, an der Gründung der -> Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) mitzuwirken, entsprang ihrer Ablehnung der entspannungsorientierten Ostpolitik der Bundesregierung, die sie als die Teilung Deutschlands zementierend kritisierte, sowie ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur sozialliberalen Koalition überhaupt, der sie systematische Untergrabung der freiheitlichen Demokratie durch „verantwortungslose inflationäre Währungspolitik“, „Maßnahmen der Mitbestimmung und der kollektiven Vermögensbildung“⁵⁵ vorwarf.

Sechs Tage vor der Gründungsversammlung der AVP, am 12. Oktober 1975, zog sich die FSU jedoch wegen des „pro-kapitalistischen Trends“ der „Vierten Partei“ zurück, stellte ihren Mitgliedern jedoch die individuelle Mitarbeit frei⁵⁶.

⁵⁴ „Lange, bevor es eine „grüne Welle“ gab, gab es eine grüne Partei: Die FREISOZIALE UNION - Demokratische Mitte. In ihrem Programm standen alle jene grünen Umweltforderungen, die heute Mode geworden sind“ (Wer kann „grüne Politik“ machen? In: Der Dritte Weg, 1/1980, S. 3).

⁵⁵ Der Dritte Weg, 4/1974, S. 8.

⁵⁶ Im Oktober 1975 änderte der FSU-Parteitag extra die Satzung, um Doppelmitgliedschaften zwischen AVP und FSU zu ermöglichen (Schreiben des FSU-Generalsekretärs vom 5.2.1976 in: PAZI6, Akte FSU).

D. Wahlbeteiligungen

Sich an Wahlen zu beteiligen, war in der FSU stets umstritten. Die Anhänger des Konzepts einer Schulungs- und Gesinnungsgemeinschaft beriefen sich dabei meist auf die zu erwartende Aussichtslosigkeit von Wahlen, während die Verfechter eines Parteikonzepts auf die damit verbundenen propagandistischen Möglichkeiten hinwiesen.

Die RSF bzw. FSU beteiligte sich an den Bundestagswahlen 1949, 1965, 1969 und 1972. Bei den übrigen Bundestagswahlen rief sie zur Wahlenthaltung auf. Von der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 wurde die Partei überrascht und konnte deshalb nur mit zwei Landeslisten aufwarten.

Die FSU beteiligte sich an folgenden Wahlen:

Wahl	Jahr	Stimmen absolut	Stimmen in Prozent	Mandate
BUNDESTAGSWAHLEN				
	1949 (RSF)	216.749	0,9	-
	1965	10.631	0,0	-
	1969	16.371	0,0	-
	1972	3.166	0,0	-
LANDTAGSWAHLEN				
Baden-Württemb.	1968	441	0,0	-
Berlin (West)	1950	4.157	0,3	-
	1954	2.366	0,2	-
Bremen	1947 (RSF)	2.410	1,1	-
	1951	4.262	1,3	-
Hamburg	1946 (RSF)	20.034	0,7	-
	1949 (RSF)	15.505	2,0	1
	1953	5.915	0,6	-
	1966	3.056	0,3	-
	1970	1.154	0,1	-
	1974	810	0,1	-
	1978	371	0,0	-
Niedersachsen	1963	243	0,0	-
	1967	1.082	0,0	-
Nordrhein-Westf.	1950 (RSF)	122.878	2,0	-
	1966	9.584	0,1	-
Schleswig-Holstein	1967	108	0,0	-

Bei den Landeswahlen unterstützte die FSU 1951 in Niedersachsen die Niederdeutsche Union (NU) (-> Deutsche Partei, Abschn. C). 1967 kandidierten FSU-Vertreter in West-Berlin auf den Listen der -> Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD). 1978 beteiligte sich die FSU in Hamburg an der Bürgerschaftswahl, um sich den Parteistatus für weitere sechs Jahre zu sichern. Sozialstrukturelle Angaben über die Wähler der FSU liegen nicht vor.

E. Parlamentarische Repräsentanz und Regierungsbeteiligungen

Die FSU kann auf zwei Landesparlamentarier verweisen: In Hamburg gelangte Willi Eberlein 1949 bei einem Wahlergebnis von nur 2,0 % in die Bürgerschaft, da eine Sperrklausel fehlte. Im November 1952 trat der Abgeordnete Heinrich Wecke aus der Gemeinschaftsfraktion der DP/CDU im niedersächsischen Landtag aus und schloss sich der FSU an. Bald darauf übernahm er das Amt des niedersächsischen Landesvorsitzenden der FSU. Im Landtag gastierte er in der Fraktion des BHE. Die FSU war zu keiner Zeit an einer Landes- oder Bundesregierung beteiligt.

F. Organisation

Die formale Organisationsstruktur der FSU ist in der Satzung geregelt. Sie entspricht den Vorschriften des Parteiengesetzes. Die Partei gliedert sich in Ortsgruppen, Bezirks- und Landesverbände. Oberstes Organ ist der einmal jährlich zusammentretende Parteitag. Er wählt den ersten Vorsitzenden sowie die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes. Mitglied der FSU kann nur werden, wer keiner anderen politischen Partei angehört. Zwischen 1975 und 1978 war davon die Mitgliedschaft in Gruppierungen (de facto in der AVP) ausgenommen, mit denen der Parteitag eine Zusammenarbeit beschließt. Eine besondere Eigenart der Satzung besteht darin, dass sie traditionell in § 2 unabdingbare programmatische Zielsetzungen festschreibt, auf die die Mitglieder verpflichtet sind.

Parteivorsitzende der FSU⁵⁷

Richard Batz	1950 - 1952	
Wilhelm Radecke	1952 - 1954	
Albert Bartels	1954 - 1956	
Peter Thielen	1956/57	(gest. 4.9.1957)
Dr. Ernst Schröder	1957/58	komm. Vors.
	1958 - 1961	
Dr. Kurt Keßler	ab 1961	

Dem starken Interesse der Partei an wirtschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Fragestellungen, an Informationen und Diskussion, wurde durch die häufige Abhaltung von Fachtagungen, Kongressen und Schulungsveranstaltungen entsprochen. Wichtige räumliche Voraussetzungen dafür wurden mit dem Bau des „Silvio-Gesell-Heims“ bei Neviges erfüllt. Das Gebäude wurde durch den FJVD (Freiwirtschaftlicher Jugendverband Deutschland e.V.) in

⁵⁷ Über die Parteivorsitzenden liegen nur wenige Personaldaten vor: Richard Batz war Mitbegründer und Vorsitzender der RSF in der britischen Zone und von Beruf Architekt; Wilhelm Radecke, geb. 1898, gest. 26.7.1978, war von Beruf Bankkaufmann und zuletzt Berater bei der Friedrich Flick KG, zuvor Direktor beim Bankhaus Bleichroeder und Direktoriumsmitglied der Reichskreditgesellschaft. Albert Bartels war Landgerichtsdirektor; Peter Thielen, geb. 1891, gest. 4.9.1957, von Beruf Bundesbahnrat, war vor 1933 Mitglied des FWB und nach 1945 Mitbegründer der RSF und zweiter Vorsitzender neben Batz; die Umwandlung der RSF in die FSU hatte zunächst nicht seine Billigung gefunden; Dr. Ernst Schröder war von Beruf Arzt; Dr. Kurt Keßler, geb. 17.2.1908, ebenfalls Arzt, war der FSU am 1.1.1952 beigetreten und hatte schon 1961 wichtige Vorstandsämter ausgeübt (PAZI6, Personaldatenarchiv).

fünfjähriger Aufbauarbeit (von der Grundsteinlegung am 26.09.1954 bis zur Eröffnung am 21.06.1959) errichtet, wobei viele Parteimitglieder tatkräftig mitarbeiteten und das Projekt auch durch zahlreiche Spenden unterstützten. Hier fanden zahlreiche Parteitage der FSU, in der Regel in Zusammenhang mit Fachkongressen, statt. Die Tradition der „Internationalen Freiwirtschaftlichen Kongresse“, die 1954 mit dem 4. Kongress abgebrochen war, wurde 1962 mit den „Internationalen Sozialpolitischen Tagungen“ fortgesetzt. 1980 fand die sechste dieser Tagungen in Konstanz statt. Diese internationalen Veranstaltungen dienten der Kontaktpflege und der inhaltlichen Selbstverständigung der verschiedenen freiwirtschaftlichen Organisationen in Europa und Amerika, die in der Internationalen Freiwirtschaftlichen Union (IFU) zusammengeschlossen sind.

Zu den Parteien bzw. überparteilichen Verbänden, die der Lehre Gesells anhängen oder ihr nahe stehen, zählen neben den westdeutschen Gruppen vor allem die Österreichische Freiwirtschaftliche Union (ÖFU), die Freiwirtschaftliche Bewegung der Schweiz, die Liberalsozialistische Partei (LSP) der Schweiz (gemeinsame Zeitschrift: „evolution“) und die vorübergehend sehr erfolgreiche „Social Credit Party“ in Canada⁵⁸.

Zur Pflege und wissenschaftlichen Fortentwicklung der Lehre Gesells entstanden nach 1945 in der Bundesrepublik mehrere Einrichtungen, die zwar nicht organisatorisch an die FSU gebunden waren, in denen jedoch FSU-Vertreter eine maßgebliche Rolle spielten: so die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.“ in Hamburg (Mitteilungsblatt: „SG-Kommentare zum Wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen“), die später ein sozialpädagogisches Institut unter der Bezeichnung „Akademie für Freie und Soziale Ordnung“ gründete und über dieses Institut seit 1965 die Zeitschrift „mtg – Mensch Technik Gesellschaft. Zeitschrift für Sozialökonomie“ herausgab, und die 1973 entstandene „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit“ in Hamburg, die dann die Herausgabe der „mtg“ übernahm. Weitere Einrichtungen sind „Der neue Bund – Freiheitlich-Soziale Vereinigung e.V.“ und das „Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur“ (Zeitschrift: „Fragen der Freiheit“). Das Verhältnis der FSU zum „Freiwirtschaftsbund“ (s. oben Abschn. A), der mit dem Tode Lautenbachs (18.7.1954) eingeschlafen sein dürfte, schien sich verschlechtert zu haben, nachdem Lautenbach zunehmend mit der Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus sympathisierte.

Als Nebenorganisationen der FSU im engeren Sinne können die 1950 gegründete Arbeitsgemeinschaft freiwirtschaftlicher Christen (AfC) und der Mitte 1956 entstandene Bund freisozialer Lebensreformer (BfL) bezeichnet werden. Beide Organisationen scheinen Ende der sechziger Jahre eingegangen zu sein. Die Partei tat sich mit der gesonderten Organisation von Zielgruppen schwer. Dies galt vor allem für die Jugend: 1953 berichtete die Parteipresse vom Aufbau einer „Freisozialen Kameradschaft“ (Mitteilungsblatt: „Zur Tat“), 1954 von der Existenz eines „Freisozialen Hochschulringes“. 1962 sprach die FSU von einer Intensivierung der Jugendarbeit und rief eine „Freisoziale Jugend“ ins Leben, die seit 1968 wiederbelebt wurde und vorübergehend als „Freisoziale Jugend Deutschlands“ auftrat. Ebenfalls 1968 entstand der „Freisoziale Schüler- und Studentenbund“. Insgesamt dürfte es sich bei allen wohl nur um Gründungsversuche gehandelt haben, denn dauerhafte Aktivitäten sind nicht bekannt

⁵⁸ Zur LSP s. Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, hrsg. v. Frank Wende. Stuttgart 1981, S. 616; zur Social Credit Party s. Kenneth Janda, Political Parties, A Cross-National Survey, New York/London 1980. S. 262.

geworden. Im Mai 1953 wurde der Aufbau einer „Arbeitsgemeinschaft freisozialer Gewerkschafter“ angekündigt, die formal wohl bis Anfang der sechziger Jahre bestand, aber nur wenige Gewerkschaftsmitglieder erfasst haben dürfte. 1954 soll in Nordrhein-Westfalen eine „Freisoziale Lehrerschaft“ bestanden haben. 1957 kündete die Parteipresse vom Aufbau eines „Verbandes freisozialer Erzieher“.

Über die Mitgliederzahl der Partei liegen keine verlässlichen Angaben vor. Sie dürfte zu keiner Zeit über 3.000 Mitglieder gezählt haben. 1979 hatte sie 655 regelmäßige Beitragszahler. Die parteiamtlichen Angaben lauten für 1972: 2.675 und für 1978: 2.035 Mitglieder.

Die regionalen Schwerpunkte der FSU lagen und liegen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl 1965 konnten in allen Bundesländern formal Landesverbände errichtet werden. Nach der Bundestagswahl 1969 ging die organisatorische Präsenz in den Ländern wieder zurück. Seit einigen Jahren ist die FSU im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Bayern, Bremen und West-Berlin so gut wie nicht präsent.

Die Hauptgeschäftsstelle der FSU befindet sich in Hamburg. Sie ist mit einem Generalsekretär (Ferdinand Böttger⁵⁹) und zwei Teilzeit-Mitarbeiterinnen besetzt. Die jährlichen Einnahmen der Gesamtpartei sind von ca. DM 130.000 im Jahre 1969 auf wenig über DM 200.000 im Jahre 1979 gestiegen. Die Organisation leidet an finanzieller Schwäche und fordert ihre Mitglieder regelmäßig zu Spenden auf.

G. Mitglieder und Führung

Über die innerparteilichen Verhältnisse der FSU konnten über die bereits erwähnten Tatsachen hinaus keine weiteren Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden. Interne Konflikte, etwa zwischen Traditionalisten und Reformern, werden geleugnet oder heruntergespielt. Sie haben auch niemals die Schärfe angenommen, dass Beteiligte öffentlich gegen ihre Partei Stellung bezogen. Soweit ersichtlich, unterlag bzw. unterliegt die Mitgliederschaft und das „mittlere“ Führungskorps (z.B. Wahlkandidaten, Landesvorsitzende, etc.) erheblicher Fluktuation. Die obere Führungsgruppe ist dagegen vergleichsweise stabil, seitdem der gegenwärtige Vorsitzende amtiert. Eine Durchsicht der örtlichen Wahlergebnisse und der Berufsstruktur der Kandidaten lässt die Vermutung zu, dass die FSU in erster Linie eine Partei der städtischen Mittelschichten, vor allem wohl des Bildungsbürgertums, ist.

⁵⁹ Ferdinand Böttger ist der FSU 1952 beigetreten; später war er Organisationsreferent beim FSU-Vorstand und seit 1969 Generalsekretär; 1981 gab er aus Krankheitsgründen dieses Amt auf (PAZI6, Akte FSU).

H. Presse und Propaganda

Bis wenigstens 1953/54 war die „Freisoziale Presse“ (Wochenaufgabe: 1950 ca. 48.000, 1963 ca. 7.000 Ex.) de facto das Organ der FSU. Aber auch danach veröffentlichte sie Parteienachrichten, kommentierte das nationale und internationale Geschehen aus freiwirtschaftlicher Sicht und bot Raum für innerparteiliche Diskussion. Während des Bundestagswahlkampfes 1953 war die „FP“ in Gegensatz zur offiziellen Vorstandslinie geraten. Während sich dieser mehrheitlich gegen eine Kandidatur von FSU-Mitgliedern auf GVP-Listen ausgesprochen hatte, verteidigte die „FP“ dieses Vorgehen und veröffentlichte sogar einen Wahlaufdruck zugunsten der GVP, obwohl der Zentralvorstand Wahlenthaltung empfohlen hatte.

Gegen Ende der fünfziger Jahre intensivierte die Partei ihre Pressearbeit: Die „Informationen“ wurden zum Quasi-Parteiorgan ausgebaut. 1958 erschien der „UND“ als Nachrichtendienst mit kurzen Meldungen und parteiamtlichen Kommentaren. Er entwickelte sich später zu einem oft in hoher Auflage verteilten Werbeinstrument, und die Rolle eines Pressedienstes übernahm die „Freisoziale Korrespondenz“. Gegenwärtig gibt die Bundesorganisation nur noch den 1970 entstandenen „Dritten Weg“ heraus, der anfangs mit den „FSU-Informationen“ inhaltsgleich war.

Folgende (der Partei teilweise nur nahe stehende) Periodika wurden ermittelt:

- Die Aussprache; [erm. 1967].
- Der Dritte Weg, Hamburg; 1. Jg. 1970 ff.; (zunächst: „Der 3. Weg“).
- Der freie Mensch; 3. Jg. 1949 - 6. Jg. 1952; Anf. s. „RSF-Mitteilungen“, Forts. u.d.T. „Freisoziale Presse“.
- Freisoziale Korrespondenz, Hamburg; 1966 - [erm. 1969].
- Freisoziale Presse, Lüdenscheid; 6. Jg. 1952 - 26. Jg. 1972, Nr. 48. Ersch. eingest., Anf. s. „Der freie Mensch“.
- Der FSU-Brief, Ludwigsburg; Landesverband Baden Württemberg; [erm. 1979-1981].
- FSU-Eilbrief, Hamburg; [erm. 1978].
- FSU-Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, Hamburg; 17. Jg. 1964 - [erm. 31. Jg. 1978, H. 1]; Anf. s. „Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik“.
- FSU-Rundbrief, Hamburg; [erm. 1979].
- FSU-Schriftenreihe, Hamburg.
- Glaube und Tat. Sozial-ethische Rundbriefe [früher: Schriftenreihe] der Arbeitsgemeinschaft Freiheitlich-sozialer [früher: freiwirtschaftlicher] Christen e.V., Köln; [1. Jg. 1959] - [erm. 20. (?) Jg. 1979, H. 2 (September)].
- Hamburger Kommentare, Hamburg.
- Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, Hamburg; 1948 - 16. Jg. 1963.
- Der neue Kurs, Hamburg; Mitteilungsblatt der RSF; [erm. 1947/48].
- RSF-Mitteilungen, Hagen; 1. Jg. 1947 - 3. Jg. 1949; Forts. u.d.T. „Der freie Mensch“.
- RSF-Rundschreiben; [erm. 1947/48].
- tip; Landesverband Bayern; [erm. 1967].
- UND. Unabhängiger Nachrichtendienst, Hamburg; [erm. 1958, Nr. 8] - 1974, Nr. 8, Ersch. eingest.
- (Das) Weltgewissen, Mönchengladbach; [erm. 2. Jg. 1956, Nr. 3-6. Jg. 1960, Nr. 4/5].

I. Gesamtgesellschaftliche Charakterisierung

Auf der Suche nach den Ursachen für das Scheitern des parteipolitischen Engagements der Gesell-Anhänger sollte man sich nicht bei der Kritik an der Freiwirtschaftslehre selbst aufhalten. Dass die Freiwirtschaftsbewegung in den Krisenjahren der Weimarer Republik ihren – allerdings auch damals nur bescheidenen – Höhepunkt erlebte, ist wohl in erster Linie sozialpsychologisch zu erklären, bemühte sie sich doch, einen antisozialistischen bzw. -kommunistischen und zugleich nicht-faschistischen Weg aus der Krise zu weisen: Sie knüpfte an die bei den inflationsgeschädigten Mittelschichten weit verbreiteten Vorbehalte gegenüber dem Finanzkapital an, grenzte sich gleichermaßen gegen die bei den Mittelschichten verhasste staatliche Wirtschaftspolitik ab und propagierte eine antikollektivistische, gesellschaftliche Ordnung, die eine Synthese von Individualismus und sozialer Harmonie versprach.

Freilich: Gesell wäre als kleinbürgerlicher Romantiker nur unzureichend beschrieben. Denn seine altliberalen Zielvorstellungen verknüpften sich mit – für die damalige Zeit „modernen“, wenn nicht gar visionären – wirtschaftspolitischen Überlegungen: Die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus müsse durch politische Maßnahmen gesichert werden. Wirtschaftspolitisch hatte Gesell also den Laissez-Faire-Liberalismus überwunden und zählt insoweit zu den Begründern der modernen bürgerlichen Wirtschaftspolitik, die die Sicherung des Marktmechanismus als staatliche Aufgabe begreift. Keynes hat das Anliegen der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ treffend beschrieben als „Entfesselung des Wettbewerbs statt seiner Abschaffung“ und richtig prognostiziert, dass die Zukunft der (bürgerlichen) Wirtschaftspolitik „mehr vom Geiste Gesells als vom Geiste Marx“ lernen werde⁶⁰.

***[...] Die weiteren Ausführungen zu diesem Punkt
stellten lediglich eine private Meinung dar. [...]***

K. Quellen und Literatur

Hinweise über die FSU finden sich u.a. bei Rowold und Fisher⁶¹. Die verschiedenen Serien der „Studien von Zeitfragen“ berichten in periodischen Abständen über die Entwicklung der FSU. Im Parteienarchiv des ZI6 befindet sich eine „Akte FSU“ mit weitgehend (halb-)öffentlich zugänglichem Material, einigen wenigen Interna sowie den (teilweise lückenhaften) Periodika der Partei. Zudem wurden die im ZI6 auf Mikrofilm vorhandenen Akten der US-Militärregierungen (Teilbestände der National Archives) sowie Material des Office of Intelligence Research (OIR) verwendet. Die Hauptgeschäftsstelle der FSU in Hamburg leistete bei der Beschaffung weiterer Informationen Hilfe.

Im „Silvio-Gesell-Heim“ in Nevigis befindet sich ein „Gesell-Archiv“.

⁶⁰ „The purpose of the book as a whole may be described as the establishment of an anti-Marxian socialism, a reaction against laissez-faire built on theoretical foundations totally unlike those of Marx in being based on a repudiation instead of on an acceptance of the classical hypotheses and on an unfettering of competition instead of its abolition. I believe that the future will learn more from the spirit of Gesell than from that of Marx.“ John Maynard Keynes, *The General Theory Of Employment, Interest And Money*, London 1936, zit. nach dem Neudruck v. 1967, S. 355.

⁶¹ Vgl. Anm. 3, Stephen L. Fisher, *The Minor Parties of the Federal Republic of Germany*. Den Haag 1974, S. 139 f.

Teil 2: Die Freisoziale Union (von 1984 bis 2001)

Vorbemerkung zu „Teil 2“ und „Teil 3“:

Bei den beiden nachfolgenden Teilen handelt es sich um einen ersten Entwurf. Einige der Informationen in Teil 2 stammen aus dem Buch „Die NWO Bewegung Silvio Gesells“ von Günter Bartsch, das im Gauke-Verlag erschienen ist. In diesem Buch, das Informationen bis zum Jahr 1993 beinhaltet, gibt es allerdings nur wenige Aussagen über die FSU, die den Zeitraum zwischen 1984 und 1993 betreffen. Über den Zeitraum von 1994 bis heute liegen noch weniger Informationen vor – und wenn, dann nur „aus zweiter Hand“.

Der Parteivorstand bittet daher alle Parteifreundinnen und Parteifreunde, die sich aus eigenem Erleben an die Parteigeschichte nach 1984 erinnern, ihn so bald und umfassend wie möglich mit Informationen über diese Zeit zu versorgen, damit dieser Text vervollständigt werden kann. Dieser Text soll dann im Bereich „Geschichte“ auf unseren Internetseiten veröffentlicht werden. Herzlichen Dank schon jetzt für jede Hilfe.

Tomas Klünner, im September 2007

Die Freisoziale Union verstand sich mehr oder weniger gleichzeitig als „Urpartei der Frauen, als Urpartei der Grünen und als Urpartei des Friedens“. Man brauche sie nur zu fragen, die richtigen Antworten würden nicht auf sich warten lassen⁶².

Wer	das kapitalistische System bedient, muss sein Gewissen opfern.
Wer	an die sozialistische Ideologie glaubt, muss seinen Verstand opfern.
Wer	Gewissen und Verstand bewahrt, prüft den DRITTEN WEG.
FSU	Fragen Sie Uns!

Dennoch blieben die politischen Erfolge der FSU gering. Dies mag mit daran gelegen haben, dass die Partei immer wieder ihre wirtschaftspolitischen Forderungen mit anderen Themen kombinierte, die nicht in den Bereich ihrer Kernkompetenz gehörten. So sprach sich z.B. der Parteivorsitzende Kurt Keßler nicht nur für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie aus – was ja angesichts der unkalkulierbaren Gefahren dieser Technologie eine bis auf den heutigen Tag nachvollziehbare Haltung ist –, sondern propagierte in der Parteizeitschrift „Der 3. Weg“ neben der konsequenten Erforschung alternativer Energiequellen wie Wind, Wasser und Sonne auch „die so genannte Freie Energie oder auch Tachyonen-Energie“⁶³.

⁶² Zitiert nach Günter Bartsch, „Die NWO-Bewegung Silvio Gesells“, Gauke-Fachverlag für Sozialökonomie, 1994.

⁶³ Dritter Weg, Nr. 7 + 8 / 1986

Die Wahlteilnahmen der FSU blieben sporadisch, auf wenige Landesverbände (Hamburg und Schleswig-Holstein) beschränkt und brachten nur wenige Wählerstimmen. In den Jahren 1987 und 1988 (Neuwahl nach der sog. „Barschel-Affäre“) trat die FSU in Schleswig-Holstein zu den Landtagswahlen an – das genaue Ergebnis ist nicht mehr zu ermitteln, da die Unterlagen des „Statistikamt Nord“ die Ergebnisse der kleineren Parteien für das Land Schleswig-Holstein unter dem Begriff „Andere“ subsumieren. Gleiches gilt für die Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein, an denen die FSU in den Jahren 1987, 1994 und 1998 teilnahm (im Jahr 1998 auch in Teilen von Niedersachsen und in Hamburg). Bei keiner dieser Wahlteilnahmen wurde ein Ergebnis von mehr als 0,1 Prozent erreicht.

Daher konzentrierte sich die Partei weiterhin auf den Bildungsbereich und die Herausgabe der Zeitschrift „Der 3. Weg“. Dank ererbter Gelder konnte die Partei gegen Ende der neunziger Jahre den FJVD e.V. finanziell dabei unterstützen, das Silivo-Gesell-Heim in Wuppertal-Nevigis zur Silvio-Gesell-Tagungsstätte auszubauen.

Parteivorsitzende der FSU (Teil 2)

Dr. Kurt Keßler	1961 - 1986	
Hans-Bernhard Zill	1986 - 1996	
Karl-Heinz Wandel	1996 - 1998	(gest. 23.04.1998)
Wilfried Harder	1998	Komm. Vors.
Horst Mikonauschke	1998 - 1999	
Hermann Benjes	1999 - 2000	
Wolfram Triebler	ab 2000	

Auf dem Bundesparteitag 2000 stellten Hans Olbrich und Thomas Seltmann ein Konzept vor, mit dem sie die Partei auf die „Spur des Erfolges“ bringen wollten. Es gelang ihnen, die Delegierten von diesem Konzept zu überzeugen. Dazu gehörte auch die Umbenennung der FSU in **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** und die Umbenennung der Zeitschrift „Der 3. Weg“ in **HUMANWIRTSCHAFT**.

Teil 3: Die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI**

Auf einem Sonderparteitag im April 2001 wurde der Namenswechsel vollzogen. Die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** trat die Rechtsnachfolge der FSU an und auch die Zeitschrift erhielt ihren neuen Namen. Zu dieser Zeit war die finanzielle Lage der Partei außergewöhnlich gut, da die Partei im Jahr 2000 eine größere Geldsumme geerbt hatte. Diese sollte nach dem Willen des damaligen Vorstandes dazu benutzt werden, das Parteiorgan nach und nach zu einer „Publikumszeitschrift“ umzugestalten. Der dadurch angestrebte Werbeeffect für die Partei wurde jedoch nicht erzielt. Die Zahl der Abonnenten reichte zu keinem Zeitpunkt aus, die stark gestiegenen Herstellungskosten zu decken und auch die Gewinnung neuer Parteimitglieder gelang nur in bescheidenem Maße.

Parteivorsitzende der **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI (Teil 3)**

Wolfram Triebler	2000 - 2002
Knut Beba	2002 - 2003
Wolfram Triebler	2003 - 2006
Tomas Klünner	ab 2006

Im Verlauf der Zeit wurde immer deutlicher, dass die Herausgabe einer Zeitschrift auf dem angestrebten und realisierten Niveau die finanziellen Ressourcen der Partei übersteigen würde. Auch gab es mehr und mehr Kräfte in der Partei, die wieder auf „Wahlen“ und „politische Arbeit“ setzen wollten und dafür auch finanzielle Mittel beanspruchten.

Im Frühjahr 2005 fand ein Sonderparteitag statt, auf dem die finanzkräftigen Landesverbände zur Unterstützung der Zeitschrift Darlehen an die Bundespartei gewährten. Gleichzeitig wurde der erste Entwurf einer Multimedia-Präsentation vorgestellt, welche dann bis zum regulären Parteitag 2005 realisiert wurde.

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl des Jahres 2005 trat die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** nur in einem Wahlkreis in Sachsen mit einem Direktkandidaten an. Steffen Kleber, Vorsitzender des im April des gleichen Jahres gegründeten LV Sachsen, erzielte mit 638 Stimmen 0,4 Prozent. Ein Jahr später trat der im November 2004 gegründete LV Berlin-Brandenburg zur Berliner Abgeordnetenhauswahl mit einer Landesliste an. Als Spitzenkandidat fungierte der parteilose Prof. Dr. Johannes Heinrichs. Mit 1399 Zweitstimmen (0,1 Prozent) blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück.

Da die finanzielle Situation sich durch die hohen Kosten für die Zeitschrift immer weiter zuspitzte, beschloss der Vorstand im Verlauf des Jahres 2006, dem Parteitag die Herauslösung der Zeitschrift aus der Partei anzutragen. Der Parteitag stimmte diesem Plan im Oktober 2006 zu. Der FSU e.V., der sich in „Fördervereine NWO e.V.“ umbenannte, übernahm daher ab Januar 2007 die Herausgabe der Zeitschrift **HUMANWIRTSCHAFT**.

Die Parteimitglieder werden seit dem durch die vom Vorstand herausgegebenen Publikationen FORUM und INTERN informiert.